Stalins Schatten an der Saar

Die Kommunistische Partei Saar – KPS 1935–1955, Teil 2

Von Erich Später

In Teil 1 wird die Entwicklung der Kommunistischen Partei Saar (KPS) von Ende der 1920er Jahre bis zum Jahr 1952 dargestellt. Schwerpunkte sind das Jahr 1935, Verfolgung und Exil in der Zeit der NS-Diktatur, schließlich ihre Neugründung 1946 und die Wendung der Partei zum deutschen Nationalismus, begleitet von massenhaftem Ausschluss der »Parteifeinde«. Zu lesen unter saarbrueckerhefte.de

Mit ihrer nationalistischen Wahlkampagne unter dem Motto »Deutsch ist die Saar« verdoppelte die KP Saar bei den Wahlen zum saarländischen Landtag am 30. November 1952 die Anzahl ihrer Mandate. Trotz einer massiven Einmischung der Bundesregierung in den Wahlkampf, die in der Aufforderung gipfelte, ungültige Stimmzettel als Protest gegen die Eigenständigkeit des Saarlandes abzugeben, unterstützte eine große Mehrheit der saarländischen WählerInnen den im Land seit 1947 eingeschlagenen politischen Weg. Bei dieser Wahl erhielten die CVP Christliche (Volkspartei) des Ministerpräsidenten Hoffmann und die Sozialdemokratische Partei Saar (SPS) zusammen fast 70 Prozent der abgegebenen Stimmen. Mit den saarländischen Kommunisten stand zudem eine nationalistische Partei auf dem Wahlzettel, die wie die westdeutsche KPD organisatorisch und politisch ein integraler Bestandteil der in der DDR herrschenden Einheitspartei SED war.

Mit ihrem Wahlslogan »Deutsch ist die Saar«, mit dem auch die von der NSDAP geführte »Deutsche Front« 1935 für den Anschluss des Saargebiets an Hitler-Deutschland warb, erreichte die KP Saar 41.000 Stimmen, das waren 9,5 Prozent aller Stimmen. Sie verbesserte damit ihr Ergebnis gegenüber der ersten saarländischen Landtagswahl 1947 um ein Prozent und stellte vier Abgeordnete im Parlament. Das saarländische Ergebnis war im Vergleich zu den mageren Resultaten der KPD bei den Landtagswahlen in den westdeutschen Bundesländern 1951 und 1952 ein sehr gutes. Bereits 1951 scheiterte die Partei in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an der Fünf-Prozent-Hürde. In ihrer Hochburg Nordrhein-Westfalen (NRW) verlor sie im Vergleich zur Landtagswahl 1947 mehr als die Hälfte ihrer WählerInnen und rutschte von 14 auf gerade noch 5,5 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1953 scheiterte die KPD auch hier mit 2,2 Prozent an der neu eingeführten Fünf-Prozent-Hürde. Dies war ein dramatischer Verlust an Mitgliedern, WählerInnen und politischem Einfluss innerhalb weniger Jahre.

300.000 Mitglieder in Westdeutschland

Dabei hatte die Partei 1946 in den westlichen Besatzungszonen mit 300.000 Mitgliedern fast wieder den Stand von 1932, dem letzten Jahr der Weimarer Republik, erreicht. Die Partei wurde durch das NS-Regime in den Jahren 1933 bis 1945 gnadenlos verfolgt. Die Zahl der kommunistischen Opfer wird auf Fünfzehn- bis Zwanzigtausend geschätzt. Zehntausende wurden in Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Aber damit nicht genug. Fast die gesamte im sowjetischen Exil befindliche Parteiführung, Funktionäre und Mitglieder wurden 1936 bis 1938 vom sowjetischen Geheimdienst ermordet, starben in den sowjetischen Lagern oder wurden während des deutsch-sowjetischen (Nichtangriffs-)Vertrags (1939–1941) an die Nazis ausgeliefert. Mit dem 1947/48 beginnenden Kalten Krieg zwischen der USA und der Sowjetunion wurde die Partei zunehmend den Interessen der allein herrschenden SED der DDR unterworfen. Die von der SED 1948 eingerichtete Westkommission gab die politische Linie für KPD und KP Saar vor

und traf alle wesentlichen Personalentscheidungen. Das wirksamste Mittel der Berliner Parteiführung um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck zur Sicherung ihrer Kontrolle über die Westgenossen waren Parteisäuberungen. Vor allem in der Zeit von 1948 bis 1953 wurden nicht nur Tausende aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch Funktionäre der KPD bei ihrem Aufenthalt in der DDR verhaftet, gefoltert und in Geheimprozessen zu hohen Strafen verurteilt. Bekanntes Beispiel ist der stellvertretende KPD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Kurt Müller, der 1951 in Ostberlin unter erfundenen Beschuldigungen als Parteifeind inhaftiert und von einem Tribunal des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurde. Der Bundestag weigerte sich, den von ihm, weil aus der Haft, erklärten Mandatsverzicht zu akzeptieren. So blieb er bis 1953 Abgeordneter und wurde nach dem Beginn der Entstalinisierung in der Sowjetunion 1956 freigelassen.

USA – Feind des deutschen Volkes

Seit der Gründung von BRD und DDR im Jahr 1949 verschärfte sich die nationalistische Rhetorik der Kommunisten. In ihrer Propaganda wurden die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs zu den Hauptfeinden des deutschen Volkes erklärt. Vor allem die USA wollen Westdeutschland, so die Kommunisten, mithilfe von Adenauer unterwerfen und als Basis für einen neuen Weltkrieg nutzen. Dagegen galt es, eine »nationale Befreiungsbewegung aller Deutschen« zum »revolutionären Sturz des westdeutschen Adenauer-Regimes« zusammenzuschließen. Die nationalistische Rhetorik und das angestrebte Bündnis mit früheren Nazis, Wehrmachtsoffizieren und Industriellen stießen auf breite Ablehnung der Mitgliedschaft. Es war für viele aufgrund ihre Verfolgungserfahrungen und Leiden seit der Gründung der Partei 1918 undenkbar, eine solch nationalistische Politik zu unterstützen. Allerdings konnte sich diese Ablehnung aufgrund der autoritären Parteistruktur nicht artikulieren. Zehntausende verließen die KPD oder wurden ausgeschlossen. Der Parteivorsitzende Max Reimann warf in einer Rede 1949 vielen Mitgliedern eine Aversion gegenüber dem Begriff Vaterland und den Farben »Schwarz-Rot-Gold« vor. Dennoch forderten Kommunisten vielerorts die Rückkehr zu einer antifaschistischen und klassenkämpferischen, an sozialen Themen orientierten Politik. Vergeblich.

Die Saarländische Republik

Die Saar-Kommunisten waren integraler Bestandteil des von SED/KPD verkündeten »Nationalen Befreiungskampfes« des deutschen Volkes. Die KPS wurde wie die KPD von der Westkommission der SED kontrolliert und folgte den politischen Vorgaben aus Ost-Berlin. Die Partei, 1946 von der französischen Besatzungsmacht legalisiert, verweigerte der 1947 gegründeten saarländischen Republik die Legitimation. Die KPS agierte stattdessen als eine deutsch-nationalistische Fundamentalopposition. Dabei existierte der deutsche Staat seit der bedingungslosen Kapitulation am 8/9. Mai 1945 nicht mehr. Die siegreichen Alliierten hatten seine völkerrechtliche und politische Existenz als »Deutsches Reich« beendet. Angesichts der deutschen Verbrechen gegen die Menschheit, der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, des Vernichtungskriegs gegen die Sowjetunion und der fast völligen Auslöschung des jüdischen Volkes in Europa war es in den ersten Nachkriegsjahren offen, welche neue politische Ordnung im ehemaligen Deutschen Reich von den Siegermächten und den mit ihnen verbündeten antinazistischen Deutschen geschaffen würde. Erst die seit 1947 beginnende Konfrontation zwischen den Siegermächten USA und Sowjetunion führte schließlich 1949 zur Gründung der BRD und der DDR. Im Saarland hingegen lag die politische und militärische Regierungsgewalt seit 1945 in der Hand Frankreichs. Das Land wurde aus der französischen Besatzungszone herausgelöst und konstituierte sich 1947 mit seiner Verfassung als Saarländische Republik.

Gauhauptstadt Saarbrücken

Frankreich war von 1940 bis 1945 einem deutschen Besatzungsregime unterworfen, an dessen mörderischer Praxis Tausende von SaarländerInnen beteiligt gewesen waren. Der

sogenannte Gau Westmark, bestehend aus dem Saarland, der Pfalz und dem 1940 besetzten und angeschlossenen Lothringen wurde von der Gauhauptstadt Saarbrücken aus verwaltet. Hier konzentrierten sich die Gewaltapparate des Regimes, die alle politischen Feinde und als »nicht-deutsch« stigmatisierten Bevölkerungsgruppen in der Zeit von 1935 bis 1945 einem Programm staatlicher Verfolgung und Vernichtung unterwarfen, dem viele Tausende Menschen zum Opfer fielen. Auf den politischen und moralischen Bankrott des deutschen Nationalismus an der Saar reagierten die saarländischen Antifaschisten von Christlicher Volkspartei (CVP) und Sozialdemokratischer Partei (SPS) mit einem Programm des Wiederaufbaus des zerstörten Landes. Dazu gehörte die staatliche Autonomie, der Aufbau eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates und die Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich. Johannes Hoffmann (1890–1967), der 1934/35 den christlichen Widerstand gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland organisierte und der den Krieg nach seiner Flucht aus Europa in Brasilien überlebte, wurde zum ersten Ministerpräsidenten des Saarlandes gewählt. Er führte eine Regierungskoalition von CVP und SPS, deren Abgeordnete im ersten saarländischen Landtag fast ausschließlich ehemalige WiderstandskämpferInnen und Verfolgte des NS-Regimes waren.

Agitation im Geiste der Deutschen Front

Die zwei Abgeordneten der KP Saar stimmten am 15. Dezember 1947 als Einzige gegen die Verfassung und beschimpften nun ihre ehemaligen Verbündeten im Abstimmungskampf 1935, im Widerstand und im Exil als »Vaterlandsverräter« und Handlanger des französischen Imperialismus. Ihre mögliche Rolle einer linken Oppositionspartei, die bei Akzeptanz der saarländischen Verfassung eine Alternative zur Regierungspolitik angeboten hätte, stand nicht zur Debatte. Eine freie Diskussion über diese Fragen war innerhalb der Partei nicht möglich. Kritik an der Parteilinie wurde mit der Ächtung als Parteifeind und dem sofortigen Ausschluss bestraft. Selbst die Altkommunisten und Parteiführer Fritz Nickolay und Fritz Bäsel wurden 1950 als potenzielle Parteifeinde von ihren Funktionen entbunden. Obwohl die beiden eine gegen Frankreich und die Eigenständigkeit des Saarlandes gerichtete Politik propagierten, war diese der KPD/SED-Führung nicht nationalistisch genug. Denn als Hauptfeinde des deutschen Volks an der Saar hatten die USA und ihre »Marionette« Adenauer zu gelten. Bäsel und Nickolay waren zudem durch ihre gemeinsame Haft im KZ Dachau und ihre Emigration nach Frankreich (Nickolay) und in die Schweiz (Bäsel) als potenzielle Abweichler und Verräter verdächtig. Der Vorwurf der Westemigration wurde seit 1948 zum Standardverdacht, der es erlaubte, alle Kommunisten, die nicht den Krieg in der Sowjetunion (SU) verbracht hatten, als potenzielle Verräter zu behandeln. Am 10. April 1951 verkündet die *NEUE ZEIT* in einer kleinen Notiz auf ihrer ersten Seite, dass Genosse Oswald Weyrich (der drei Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verbracht hatte) nun erster Vorsitzender der saarländischen Kommunisten sei. Nickolay starb 1953 in der DDR. Bäsel wurde 1954 wieder in die Parteiführung aufgenommen. Unter dem Vorsitz von Weyrich kostümierte sich die KP Saar bei den Landtagswahlen 1952 als Variante der »Deutschen Front« von 1935 (siehe Teil 1 in *Saarbrücker Hefte* Nr. 130).

Schauprozesse gegen jüdische Kommunisten

Während die saarländischen Kommunisten ihren Wahlkampf führten, endete in Prag der Schauprozess gegen 14 ehemals führende Partei- und Staatsfunktionäre der Tschechoslowakei. Darunter der ehemalige Generalsekretär der Partei Rudolf Slansky. Der Prozess besiegelte die stalinistische Machtübernahme im Land, die mit dem Staatsstreich der KP gegen ihre antifaschistischen Verbündeten im Februar 1948 begonnen hatte. Er bildete den Abschluss der großen Tribunale in Ost-und Mitteleuropa, die 1948 mit dem Todesurteil gegen den ungarischen Parteiführer Lazlo Rajek anfingen. Hintergrund war die Umformung der Kommunistischen Parteien nach dem Vorbild der sowjetischen KP. Die Überprüfung aller Parteimitglieder, Ausschlüsse, Verhaftungen, Deportationen, Geheim- und Schauprozesse zielten darauf ab,

die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber der Sowjetunion herzustellen. Die Angeklagten dieser Prozesse waren fast alle Kommunisten, die während der NS-Zeit in westliche Länder emigriert waren, ehemalige Angehörige der im Spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) aufseiten der Republik gegen die Faschisten kämpfenden internationalen Brigaden und Angehörige des kommunistischen Widerstands, die irgendwann einmal Kontakt zu westlichen Militär und Hilfsorganisationen oder der jugoslawischen KP hatten

Parteiführung der KP Saar 1947. Hoppe wurde 1948 als Parteifeind ausgeschlossen, Nickolay und Bäsel 1950 als potentielle Parteifeinde abgesetzt. Quelle: Neue Zeit, 27. September 1947

Fritz Nickolay

der Spitzenkandidat der KP im Wahlbezirk Saarlouis.

Fritz Nickolay, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei und Spitzenkandidat in Saarlouis, wurde am 28. Oktober 1909 als Sohn eines Bergarbeiters in Dudweiler geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete er als Hilfsarbeiter, später auf der Grube und nach seiner Entlassung im Baugewerbe.

1924 trat er in den Kommunistischen Jugendverband ein, in dem er bis 1933 als Funktionär tätig war. Nach der Machtübernahme Hitlers wurde er im Bezirk Baden-Pfalz, wo er als Jugendsekretär tätig war, denunziert, verhaftet und nach Speyer ins Gefängnis, von da nach dem KZ Dachau geschleppt.

1935 Mitbegründer der „Freien deutschen Jugend in Paris", wurde er bei Kriegsausbruch interniert, jedoch bald darauf wieder entlassen. Unter Vichy wieder verhaftet, später im Internierungslager Adge.

1944 Generalsekretär der „Vereinigung der Saarflüchtlinge" in Paris, wendet er sich gegen die Gründung des MLS, des Vorläufers des MRS am 25. März 1945 in Paris und gegen den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich.

Im Juni 1945 kehrt er an die Saar zurück, nimmt aktiven Anteil am Aufbau der Gewerkschaften. Später am Aufbau der KP, als deren Vorsitzender er seit der Zulassung der Parteien gewählt wurde. Seit den Gemeinderatswahlen Mitglied des Dudweiler Gemeinderates.

Karl Hoppe

Spitzenkandidat im Wahlbezirk Saarbrücken

Karl Hoppe ist der Sohn eines Kleinbauern und Tabakarbeiters, geboren am 10. Juni 1898 in einem badischen Dorfe. Im Oktober 1917 wurde er schwer verwundet.

1919 als früherer Angehöriger der Marine in den Zivildienst einberufen, wurde er in Kiel gewerkschaftlicher Vertrauensmann für den Ostseebereich und nahm als Mitglied der SPD führend am Kampf gegen den Kapp-Putsch teil.

1924 wurde er als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei zum Stadtverordneten in Kiel gewählt. Von 1924-1929 Leiter der Kriegsopferversorgung in Schleswig-Holstein und nebenamtlich Mitglied des Reichsversorgungsgerichtes. 1929 übernahm er die Reorganisation der Kriegsopferversorgung im Saargebiet und war Gauleiter des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen bis zu seiner Amtsenthebung 1933 wegen Verweigerung der Gleichschaltung. Er mußte 1935 nach Frankreich emigrieren.

Im Januar 1944 von der französischen Miliz wegen aktiver Teilnahme an der antihitlerischen deutschen Widerstandsbewegung verhaftet, wurde er den deutschen Behörden in Calais ausgeliefert. Er wurde einer Strafabteilung der O.T. zugeteilt und mußte oft täglich 24 Stunden an den Kanalbefestigungen arbeiten. Am 30. März 1944, drei Monate vor seiner kriegsgerichtlichen Aburteilung, gelang ihm die Flucht und er reihte sich erneut in die Reihen der Widerstandsbewegung ein.

1945 Vizepräsident der Bewegung „Freies Deutschland" in Frankreich, widmete er sich besonders der Kriegsgefangenenfürsorge und trat im Oktober 1945 von der SPD zur KPD über.

Nach seiner Rückkehr ins Saarland wurde er mit Zulassung der Parteien Sekretär der Kommunistischen Partei und Leiter der Abteilung Arbeit und Soziales. Am 15. September 1946 wurde er in den Stadtrat von Saarbrücken gewählt und am 12. Januar 1947 einstimmig zum Vorsitzenden der Vereinigung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Fritz Bäsel

Spitzenkandidat der KP im Wahlbezirk Neunkirchen

wurde am 1. Mai 1907 als elftes Kind eines Hüttenarbeiters in Wiebelskirchen geboren.

Er besuchte die Volksschule in Wiebelskirchen, trat nach Verlust von Vater und Bruder im ersten Weltkrieg 1921 in Arbeit auf dem Neunkirchener Eisenwerk und besuchte dort drei Jahre die Fortbildungsschule.

Mit 14 Jahren bereits Mitglied der Freien Gewerkschaften, schloß er sich 1923 dem Kommunistischen Jugendverband und der Arbeiter-Sportbewegung an, wurde 1929 Obmann des Arbeiter-Ausschusses der Neunkirchener Hütte und im Mai 1930 wegen seines Einsatzes für die Interessen der Belegschaft gemaßregelt.

1931 trat er als Volontär in die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung" ein, arbeitete später bis 1934 als Redakteur und dann im Abstimmungskampf bis 1935 als Redner und Sekretär der KPD. Nach der Abstimmung ging er nach Frankreich, dann nach der Schweiz, lebte drei Jahre illegal, wurde bei Kriegsausbruch als politischer Flüchtling interniert und verbrachte 4½ Jahre im Arbeitslager.

In der Schweiz Mitbegründer der „Bewegung Freies Deutschland" und Mitglied des neugegründeten „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller".

Übernahm bei der Rückkehr ins Saargebiet die Organisationsleitung der KP und mit Zulassung der Parteizeitungen die verantwortliche Leitung der „Neue Zeit".

und nun als Agenten von Gestapo und CIA, Faschisten und »Söldlinge Titos« angeklagt wurden. Jegliche auch nur potenzielle Abweichung sollte eliminiert werden. In ihrer durch Folter, Erpressung und Appelle an die »Parteitreue« erzwungenen Geständnisse bekannten sich die Angeklagten fiktiver Verbrechen.

»Volksverräter zum Tode verurteilt«

Die *NEUE ZEIT* hatte seit 1948 die Saarländerinnen regelmäßig über die Schauprozesse und Hinrichtungen informiert. Die »Entlarvung der Parteifeinde« und Agenten wurde positiv kommentiert und in vielen Erklärungen der Parteiführung als Sieg über die »Klassenfeinde« gefeiert. Die von Stalin angeblich verfasste »Geschichte der KPDSU (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang« von 1937, in der die Vernichtung aller Parteifeinde und die Sowjetunion als freiestes Land der Erde gefeiert werden, wurde ab 1951 zur zentralen Schulungslektüre der Saar-Kommunisten. Im Stil des »Kurzen Lehrgangs« titelte die *NEUE ZEIT* am 3. Dezember 1952 »Volksverräter zum Tode verurteilt« und erklärt: »In dem Prozess gegen das staatsfeindliche Verschwörer Zentrum unter Führung Slanskys wurde am Donnerstag vom Staatsgerichtshof in Prag nach einwöchiger Dauer das Urteil verkündet. Sämtliche Angeklagten wurden des Hochverrats für schuldig erkannt.«

Von den 14 Angeklagten erhielten drei eine lebenslange Haftstrafe, elf wurden zum Tode verurteilt und am 3. Dezember 1952 hingerichtet. Erst zu Beginn des »Prager Frühlings« 1968 wurden die Verurteilten als unschuldig rehabilitiert.

Der Slansky-Prozess war der letzte große Schauprozess. Aber nicht mehr Titoismus, Trotzkismus, Nationalismus, Spionage und Verschwörung gegen Volk und Regierung standen im Mittelpunkt der Anklage. Denn zehn der 14 Angeklagten waren jüdischer Herkunft. »Der gesamten Welt«, so der Staatsanwalt in dem von Rundfunk übertragenen Plädoyer, »drohe Gefahr durch den internationalen Zionismus.« Der »Weltzionismus« sei »ein Büro des amerikanischen Imperialismus« und durch »Tausend Fäden mit den Klasseninteressen des Weltkapitalismus verbunden«. Die Verhandlungen wurden im Radio übertragen, und der Staatsanwalt betonte an jedem Verhandlungstag die »kleinbürgerliche und jüdische Herkunft« der Angeklagten.

Mein Vater ist kein Mensch

Diese Herkunft, so wurde in der Anklageschrift behauptet, mache sie zu national unzuverlässigen »Kosmopoliten«. Diese propagierten »die Idee vom Weltstaat« von einem Weltbürgertum und wollten die Völker entnationalisieren. Dies sei nichts anderes als die ideologische Maskierung der amerikanischen und zionistischen Weltherrschaftspläne. In ihren absurden »Geständnissen« bekannten die Angeklagten, als Agenten einer weltweiten zionistischen Verschwörung gegen die Sowjetunion und die volksdemokratischen Länder tätig gewesen zu sein. In Tausenden von Versammlungen in Fabriken und Büros forderten Bürger die Hinrichtung der »Parteifeinde«. Der Sohn des Angeklagten Ludwig Freund (tschechisch Ludvik Franka) verlangte in einem Brief, der vor Gericht verlesen wurde, den Tod seines Vaters. Dieser dürfe aufgrund seiner Taten nicht als Mensch betrachtet werden. In ihren einstudierten Schuldbekenntnissen verschmolzen die Angeklagten ihre geheime Tätigkeit für westliche Geheimdienste, zionistische Organisationen, jüdische Kapitalisten und Israel zu einer einzigen monströsen Verschwörung. Angesichts ihrer »Verbrechen« forderten einige Angeklagten in ihrem Schlusswort für sich selbst die Todesstrafe.

Kampagne gegen Kosmopoliten und Zionisten

Der internationale Kontext des Prozesses war die sowjetische Aufkündigung des Bündnisses mit Israel. In der kommunistischen Presse und Publizistik wurde seit 1947/48 unter Verweis auf die Vernichtung des Großteils des jüdischen Volkes das Recht der Juden auf einen Nationalstaat begrüßt. Die Aufrufe der arabischen Staaten nach der Gründung Israels am 15. Mai 1948, »die Juden ins Meer« zu treiben, wurde als reaktionäre Hetze verurteilt. Israel wurde als fortschrittliches Staatswesen betrachtet. Auch die *NEUE ZEIT* übernahm diese Generallinie und titelte etwa

„Neue Zeit" Mittwoch, 3. Dezember 1952

Volksverräter zum Tode verurteilt

Urteilsverkündung im Prager Prozeß gegen Slansky und Konsorten

Prag - E. B. - In dem Prozeß gegen das staatsfeindliche Verschwörerzentrum unter Führung Slanskys wurde am Donnerstag vom Staatsgerichtshof in Prag nach einwöchiger Dauer der Hauptverhandlung das Urteil verkündet. Sämtliche Angeklagten wurden des Hochverrats, Slansky, Geminder, Löbl, Clementis, Reicin, Frejka, Margolius, London, Hajdu, Slink und Simon der Spionage, Slansky, Frank, Frejka, Löbl, Margolius und Fischl der Sabotage und Slansky, Frank und Reicin des militärischen Verrats für schuldig erkannt.

Auf Grund dieses Schiedsspruches wurden zum Tode verurteilt:

Rudolf Slansky, ehemaliger Generalsekretär des ZK der KPC;

Bedrich Geminder, ehemaliger Stellvertreter des Internationalen Staatssekretariats;

Ludwig Frejka, ehemaliger Stellvertreter des Volkswirtschaftlichen Präsidenten;

Josef Frank, ehemaliger Generalsekretär;

Vladimir Klementis, ehemaliger Außenminister;

Bedrich Reicin, ehemaliger Stellvertreter des Verteidigungsministers;

Karel Svab, ehemaliger Stellvertreter des Ministers;

Rudolf Margolius, ehemaliger Stellvertreter des Außenhandelsministers;

Otto Fischl, ehemaliger Stellvertreter des Finanzministers;

Otto Sling, ehemaliger Kreisausschußsekretär;

Andre Simon, ehemaliger Chefredakteur der Zeitung „Zu lebens...

Arthur London, ehemaliger Stellvertreter des Außenministers;

Vavro Hajdu, ehemaliger Stellvertreter des Außenministers;

Evzen Löbl, ehemaliger Stellvertreter des Außenhandelsministers;

Für sämtliche Verurteilte wurde der Verlust der Staatsbürgerschaft ausgesprochen.

Die „Prawda" zum Prager Prozeß:

Während der Gerichtsverhandlungen gegen Spionagezentren und -banden, die in den letzten Jahren in den Volksrepubliken Polen, Ungarn, China, Bulgarien und anderen Ländern stattgefunden haben, wurde der unumstößliche Beweis erbracht, daß die verbrecherische Tätigkeit dieser Banden unter direkter Anleitung amerikanischer und britischer Spionageorganisationen stand. Die Fäden aller verbrecherischen Verschwörungen Agenten der USA-Regierung und sogar zahlreiche amerikanische diplomatische Vertreter, die offiziell Staatsfunktionen ausübten, nicht nur aktiv beteiligt waren, sondern auch die Rolle der Initiatoren und Führer spielten.

In Rumänien wurden als Agenten des amerikanischen Spionagedienstes der politische Vertreter der USA, Brutun, Berry, der Chef der amerikanischen Militärmission, General Cort-

der Volkskammer Ungarn, die am 24. 11. 1951 veröffentlicht wurde, „daß in jedem Fall, in dem faschistische reaktionäre Elemente in Ungarn Verschwörungen zum Sturz der im Lande bestehenden demokratischen Ordnung angezettelt hatten, an diesen Verschwörungen Agenten der USA-Regierung und sogar zahlreiche amerikanische diplomatische Vertreter, die offiziell Staatsfunktionen ausübten, nicht nur aktiv beteiligt waren, sondern auch die Rolle der Initiatoren und Führer spielten.

In Rumänien wurden als Agenten des amerikanischen Spionagedienstes der politische Vertreter der USA, Brutun, Berry, der Chef der amerikanischen Militärmission, General Cort-

Trotz dieser Tatsachen wird in Washington versichert, daß die diplomatischen Vertreter der USA im Ausland sich mit nichts anderem beschäftigen, als „mit der Erfüllung ihrer Pflichten". Hier taucht selbstverständlich die Frage auf, worin die „Pflichten" der diplomatischen Vertreter der USA im Ausland bestehen.

Die von der USA-Regierung zur Durchführung von Spionagetätigkeit im Ausland bewilligten Gelder stellen nur einen Teil der riesigen Summe dar, die die imperialistischen Kreise der USA für ihre verbrecherischen Ziele verwenden. Neben den Geldern, die auf Kosten der Steuerzahler vom Budget abgezweigt werden, stellen die USA-Monopolisten gleichfalls große Mittel zur

„Neue Zeit" Samstag, 24. Januar 1953

Lehren aus dem Prozess gegen Verschwörerzentrum Slansky

Beschluss des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands faßt folgenden Beschluß zu dem Ergebnis des Prager Slansky-Prozesses:

Die Aufdeckung und Vernichtung der Slansky-Verschwörung in der Tschechoslowakei ist ein gewaltiger Sieg der Kräfte des Friedens über die Kräfte des Krieges. Die restlose Zertrümmerung dieser amerikanischen Agentur in der Arbeiterbewegung durch das werktätige tschechoslowakische Volk und seine Partei, die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, unterstreicht erneut die Tatsache, daß alle Verräter, Spione und Mörder, mögen sie ihre Verbrecherarbeit noch so getarnt durchführen, früher oder später durch das Volk selbst gerichtet werden.

Mit seinem großen Erfolg, der Vernichtung der Verschwörergruppe, verdankt das tschechoslowakische Volk den amerikanischen Kriegsbrandstiftern einen empfindlichen Schlag.

Rajk- und Kostoffbande, als Kriegsbrandstifter entlarvt und seine Methoden, die an Gemeinheit, Verworfenheit, Skrupellosigkeit und Brutalität nicht zu überbieten sind, der Weltöffentlichkeit noch klarer und lückenloser vor Augen geführt wurden.

Für die Deutsche Demokratische Republik und das friedliebende deutsche Volk ist die Vernichtung der Slanskybanditen und das Mißlingen der amerikanischen Kriegspläne von außerordentlicher Bedeutung. Ein Gelingen dieser Pläne hätte die Deutsche Demokratische Republik in eine sehr gefährliche Lage gebracht. Die Kräfte des Krieges wären gestärkt worden, Todfeinde des friedlichen deutschen Volkes, fanatische Anhänger der amerikanischen Versklavungspläne in bezug auf Deutschland hätten in der Tschechoslowakei, dem Nachbarland der Deutschen Demokratischen Republik, die Macht an sich gerissen.

Diese drohende Gefahr, die unterstrichen wird durch die Tatsache, daß

den und die nationale Wiedervereinigung und Unabhängigkeit Deutschlands.

Die Slanskyverschwörung bestätigt aufs neue, daß sich eine solche verbrecherische Tätigkeit feindlicher Agenturen in einer Partei nur entwickeln kann, wenn die Kritik und Selbstkritik nicht entfaltet ist. Genosse Malenkow sagte in seinem Rechenschaftsbericht an den XIX. Parteitag der KPdSU:

„Die Partei darf nicht außer acht lassen, daß dort, wo Kritik und Selbstkritik vernachlässigt werden, wo die Kontrolle der Massen über die Tätigkeit der Organisationen und Institutionen nachgelassen hat, unweigerlich solche abstoßenden Erscheinungen auftreten wie Bürokratismus, Fäulnis und sogar Zersetzung einzelner Glieder unseres Apparates. Natürlich sind derartige Erscheinungen bei uns nicht stark verbreitet. Unsere Partei ist stark und gesund wie nie zuvor. Aber man muß sich darüber im klaren sein, daß diese gefahr-

bekämpft werden. Kritik ohne Ansehen der Person von unten bis oben, stärkste Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, Unduldsamkeit gegen die Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, Erziehung zu einem hohen politisch-ideologischen Wissen, das ist es, was unsere Partei braucht und wofür sie entschieden kämpfen muß.

Die SED darf keine ungeklärten Verhältnisse mehr dulden. Sie muß in allen Fragen restlos Klarheit schaffen und über jedes Parteimitglied im Bilde sein. Von besonderer Wichtigkeit ist für die Sicherheit und Festigung der Partei — und das beweisen die Ergebnisse des Prager Prozesses eindeutig — über die Emigrationszeit und das Verhalten der Parteimitglieder in dieser Zeit nicht den „Mantel der Liebe" zu decken, sondern diese Dinge bis zu Ende zu klären. Mit dem Beschluß des Zentralkomitees und der ZPKK vom 24. August 1950 über die Verbindungen ehe-

nistische Agentur des amerikanischen Imperialismus als eine „national jüdische Bewegung". Damit diese Agentur die Möglichkeit erhält, ihre Spione und Diversanten in das neue Deutschland zu entsenden, verlangte er es, daß die Juden in Deutschland als nationale Minderheit anerkannt werden.

Merker verläßt die marxistisch-leninistische Theorie der nationalen Frage und beglückt sich auf die Plattform des von Lenin und Stalin stets bekämpften kleinbürgerlich-opportunistischen „Bundes", der als Garantie gegen die Assimilation der Juden die national-kulturelle Autonomie forderte. Da eine andere Autonomie hat Merker nicht gedacht, da die Juden in Deutschland nicht auf einem eigenen Siedlungsgebiet leben und „keine mit der Scholle verbundene stabile Schicht haben, die auf natürliche Weise die Nation nicht nur als Gerippe, sondern auch als nationalen Markt zusammenhält". (Stalin: Der

Inspirierte diese ...k und Merker ... der Presse der ...tionsgruppe. Im ...d diese feindliche ...tigen Chefredak... ...ch Jungmann in ...rtreten. Obgleich ...rdnerischen Zer... die faschistischen ...allem in der So... Volkspolen ange... zu gut bekannt ..., ... daß alle ...nden zugefügten ...ischen Volk und ...n anderen Schä... ...ndt werden. ...g liegt auf der ...e die von dem ...vertretenen Auf... ...nann denkt gar... ...rktätigen Juden, ...n an die reichen ...nden Wirtschaft... ...denen Merker, ...d andere deutsche ...exiko in engster ...en. Er verlangt ...seinsverständ... ...Wiedergutmach...

Sorglosigkeit gegen Feinde des Volkes überwinden

Auch bei uns aus dem Slansky-Prozeß und der Tätigkeit der Mördergruppe in der SU Lehren ziehen

rer Schlag gegen die internationale jüdische Zionistenorganisation, die sich unter dem Aushängeschild der „Joint" als „Wohltäter" und „Friedensfreund" aufspielt, in Wirklichkeit aber nichts anderes ist als eine der Spionage- und Sabotageagenturen des amerikanischen Imperialismus.

In ihrem Leitartikel zur Aufdeckung der terroristischen Ärztegruppe stellt die „Prawda" fest: „Die Drahtzieher in den USA und ihre britischen Juniorpartner wiss... über andere ... Wege nicht e... ten sich fieb... Weltkrieg vo... Mafie Spione ... UdSSR und ... kratie."

Wie schon ... schwörerzentr... stützen sich ... rialisten bei ... Krieges zur ... schaft gegen ... zionistische S... Trotzkisten ... schon längst ... amerikanisch... entlarvt sind ... immer schwi... munistischen ... zudringen un... ihr sel... schicken d...

verstärkt ihre zionistischen Agenturen vor. Dabei spekulieren sie darauf, so stellt das ZK der SED in dem Beschluß „Einige Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky" fest, „daß vor allem die Werktätigen in den volksdemokratischen Ländern, die im Geiste der Völkerfreundschaft und des Internationalismus erzogen werden, Antisemitismus nicht dulden und sich mit den vom Faschismus so stark verfolgten Juden solidarisch fühlen". Die imperialistischen Kriegstreiber haben

den Kraft der kommunistischen und Arbeiterparteien, die an der Spitze des Kampfes ihrer Völker für Frieden und nationale Unabhängigkeit stehen, sucht der amerikanische Imperialismus mit allen Mitteln seine Kreaturen in die Parteien der Arbeiterklasse einzuschleusen, um sie von innen her zu zersetzen und in ihrer Schlagkraft zu lähmen.

Es ergibt sich aber auch aus dem Slansky-Prozeß und dem vorliegenden Material über die jetzt zerschlagene Terroristengruppe in der Sowjetunion.

Erhöht die Wachsamkeit — Stärkt die Partei!

Ein Agent entlarvt – Kurt Müller aus der KPD ausgeschlossen

Der Parteivorstand der KPD beschloß in seiner Sitzung vom 10. Mai 1950, Kurt Müller alias Kutschi aus der KPD auszuschließen.

Müller hat die Partei in hinterhältigster Weise betrogen und Verrat an ihr verübt. Er unterhielt laufend Verbindung zum Geheimdienst einer ausländischen Macht und informierte diese über parteiinterne Angelegenheiten.

Müller hat längere Zeit feindliche Elemente in die Partei eingebaut und sie gefördert. Standen solche Parteifeinde vor der Entlarvung, dann hat er sie solange wie möglich gedeckt, ihnen Informationen gegeben und so ihre endgültige Entlarvung und ihren Ausschluß erschwert.

Kurt Müller ist der Typus des abgefeimten Doppelzünglers. Während er mit dem Gegner zusammenarbeitete, tarnte er seinen Verrat dadurch, daß er sich als der entschiedene Kämpfer gegen die feindlichen Agenten in der Partei aufspielte.

Die Entlarvung von Müller wurde durch die Mithilfe von Genossen in den unteren Einheiten ermöglicht. Er konnte sein verräterisches Treiben so lange durchführen, weil die Partei nicht die genügende Wachsamkeit ausübte.

Frankfurt-Main, den 10. 5. 1950
Parteivorstand der KPD

Fritz Sperling 2. Vorsitzender der KPD

Die außerordentliche Parteivorstandssitzung der KPD am 10. Mai 1950 wählte einstimmig Genossen Fritz Sperling zum zweiten Vorsitzenden der KPD.

Außerdem kooptierte der Parteivorstand der KPD Genossen Josef Schleifstein in den Parteivorstand und wählte ihn einstimmig zum Mitglied des Sekretariats.

An unsere Leser und Freunde!

Mit der ersten Ausgabe der „Neue Zeit" nach einem Verbot von 4 Wochen halten wir es für unsere Pflicht, allen Lesern, Freunden und Gönnern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Neue Zeit", unseren Zeitungsträgerinnen und -trägern, allen Politischen Zeitungsobleuten für die während des Verbotes bewiesene Solidarität und ihre opferreiche Arbeit aufs herzlichste zu danken.

Zahlreiche Spenden und Neuaufnahmen gingen bei uns ein. Nicht Gelder aus dem Ausland, wie Staatssekretär Dr. Hector im saarländischen Landtag behauptete, sondern diese Solidaritätsbeweise ermöglichen der „Neue Zeit", ihren Kampf für Wahrheit und Frieden im Interesse aller Schaffenden, gegen Kriegstreiber und Ausbeuter verstärkt fortzusetzen.

Die Verwirklichung dieses Versprechens soll unser Dank an alle sein.

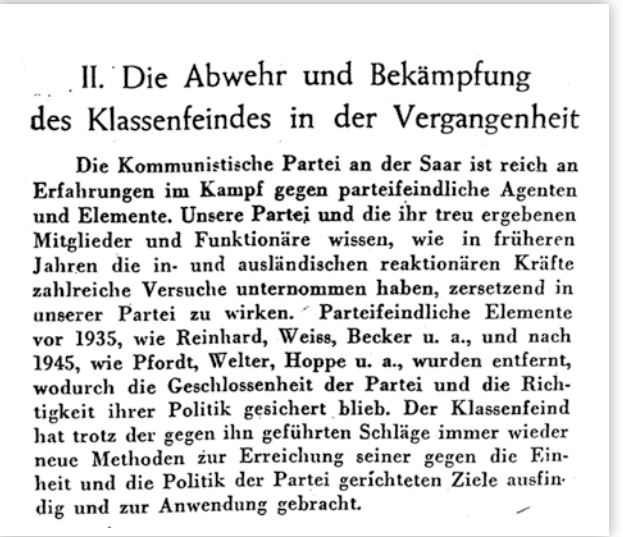
Verlag und Redaktion „Neue Zeit"

am 10. Juni 1948 über die Kämpfe in Israel »SS-Generäle gegen Volksarmee« oder am 1. Juli 1948 »Israel kämpft für gerechten Frieden«. Trotz des westlichen Embargos gewann Israel den Unabhängigkeitskrieg 1948/49 hauptsächlich dank der Waffenlieferungen aus der Tschechoslowakei. Die Hoffnung war, dass Israel zu einem engen Verbündeten im Nahen Osten würde. Spätestens jedoch als sich der jüdische Staat Anfang der 1950er-Jahre vorsichtig auf den Westen zubewegte, veränderte sich diese Politik. Die Sowjetunion wandte sich von Israel ab und den arabischen Staaten zu. Dieser Kurswechsel wurde im gesamten Ostblock von der berüchtigten Kampagne gegen Kosmopolitismus und Zionismus begleitet.

Für die sowjetische Führung konnten die Juden auch innenpolitisch, wie auch schon für den Zaren, als idealer Feind fungieren. Nur durften sie im Land der Oktoberrevolution nicht so genannt werden. Der Feind musste polit-ökonomisch und nicht biologisch bestimmt werden. Deshalb wurden die Juden von nun an als »Zionisten« und »Agenten des Imperialismus« bezeichnet. Nur Juden konnten Zionisten sein, und alle Juden galten des Zionismus verdächtig. Der Antizionismus argumentiert daher nicht rassistisch, er vermeidet sogar das Wort »Jude« und mag keine altmodischen Antisemiten. Er muss nicht einmal die vom »Faschismus« ermordeten »jüdischen Werktätigen« verleugnen. In der *NEUE ZEIT* wurde dies exemplarisch am 31. Januar 1953 in dem Artikel »Was ist Zionismus« aufgezeigt. Der Autor hatte angeblich acht Jahre in Israel gelebt und ließ kein gutes Haar an dem Land, das angeblich von jüdischen Großkapitalisten im Interesse der Wall Street beherrscht würde. Diese Propaganda radikalisierte sich in den nächsten Jahren. Nach Israels Sieg im Sechstagekrieg 1967 gegen die mit der Sowjetunion verbündeten arabischen Staaten wurde die seit 1952 von der sowjetischen Führung betriebene Kampagne gegen den Zionismus auf die internationale Ebene übertragen.

Seitdem werden Israel und der Zionismus mit Nazi-Deutschland, Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid gleichgesetzt. Für die arabischen Staaten war dies eine ungewohnte Art der Propaganda. Eigentlich hätten sich ihre Machthaber nichts sehnlicher als einen Sieg Hitler-Deutschlands über die Sowjetunion und die westlichen Alliierten gewünscht. Nach der deutschen Niederlage fanden daher viele hochrangige Nazi-Verbrecher Zuflucht in Kairo und Damaskus. Paradoxerweise ist es jetzt die Sowjetunion, die den »Antizionismus« weltweit popularisiert. Dadurch findet der Antizionismus Eingang in das ideologische Arsenal vieler mit dem

Parteivorsitzender Fritz Pfordt spricht 1935 auf der Kundgebung der Einheitsfront gegen Hitler. Rechts: In der Resolution des Landesvorstandes der KP Saar vom 14. Januar 1950 zur innerparteilichen Lage und dem Kampf um die ideologisch-politische Festigung der Partei wird er als Parteifeind geschmäht. Quelle: Nachlass Bies, Stadtarchiv Völklingen (siehe auch *Saarbrücker Hefte* Nr. 130, S. 68)



II. Die Abwehr und Bekämpfung des Klassenfeindes in der Vergangenheit

Die Kommunistische Partei an der Saar ist reich an Erfahrungen im Kampf gegen parteifeindliche Agenten und Elemente. Unsere Partei und die ihr treu ergebenen Mitglieder und Funktionäre wissen, wie in früheren Jahren die in- und ausländischen reaktionären Kräfte zahlreiche Versuche unternommen haben, zersetzend in unserer Partei zu wirken. Parteifeindliche Elemente vor 1935, wie Reinhard, Weiss, Becker u. a., und nach 1945, wie Pfordt, Welter, Hoppe u. a., wurden entfernt, wodurch die Geschlossenheit der Partei und die Richtigkeit ihrer Politik gesichert blieb. Der Klassenfeind hat trotz der gegen ihn geführten Schläge immer wieder neue Methoden zur Erreichung seiner gegen die Einheit und die Politik der Partei gerichteten Ziele ausfindig und zur Anwendung gebracht.

Ostblock verbündeter Staatsparteien und nationaler Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien. Und seit 1968 auch in der politischen Weltsicht aller Fraktionen der neuen Linken im Westen. In dieser neuen Welt wird Israel zum rassistischen Pariastaat und die arabischen Diktaturen, Tyrannen und religiösen Fanatiker zur Speerspitze des antiimperialistischen Befreiungskampfs.

Lehren aus dem Slansky-Prozess

Die Absurdität der Vorwürfe und die Methoden der Verfolgung und der Anklage gegen die Zionisten und Kosmopoliten ähnelten sich in allen sozialistischen Ländern. Auch in der DDR wurden seit dem Winter 1952/53 alle jüdischen Parteimitglieder in der SED überprüft und jüdische Kommunisten ausgeschlossen. Die Vorsteher der jüdischen Gemeinden, die etwa 2.000 Mitglieder repräsentierten, wurden verhört und aufgefordert, Zionismus und Faschismus zu verurteilen. Die Gemeindebüros wurden durchsucht, Gemeindemitglieder beschattet, verhaftet und verhört. Jüdische Kaufleute wurden enteignet. In den Kommunalverwaltungen tätige Juden entlassen.

Um ihrer Verhaftung zu entgehen, flüchteten der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinden in der DDR Julius Meyer und drei weitere Gemeindevorsteher Anfang 1953 nach West-Berlin. Der Zentralvorstand der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) erklärte daraufhin ihren Ausschluss aus der VVN als zionistische Verräter und Agenten. Die Mitglieder der VVN waren in ihrer Mehrheit jüdische Überlebende der Shoah. Am 3. Februar 1953 beschloss das Politbüro der SED die Auflösung des Verbands. Angesichts dieser Verfolgungswelle flohen Hunderte von jüdischen Bürgern bis Herbst 1953 aus der DDR. Im Mittelpunkt der Kampagne gegen den Zionismus stand das ehemalige Mitglied der SED-Führung Paul Merker. Er wurde als zionistischer Agent am 1. Dezember 1952 verhaftet. Die SED begründete den Vorwurf in der berüchtigten Resolution »Lehren aus dem Prozess gegen das Verschwörer Zentrum Slansky«, die am 24. Januar 1953 auf mehreren Seiten auch in der saarländischen *NEUE ZEIT* veröffentlicht wurde.

Die Resolution ist der politische und moralische Tiefpunkt der SED, KPD und der KP Saar in ihrer Haltung gegenüber den jüdischen Überlebenden. Merker war von 1931 bis 1933 Emissär der Kommunistischen Internationale (Komintern) bei der KP USA in New York und lernte dort die Traditionen der jüdischen Arbeiterbewegung und der mit ihr verbündeten afroamerikanischen Emanzipationsbewegung kennen. Davon wurde er stark geprägt. Seit 1942 trat er aus seinem mexikanischen Exil heraus für das von der Auslöschung bedrohte jüdische Volk ein. In vielen Stellungnahmen bezeugte Merker öffentlich seine Solidarität gegenüber den jüdischen Menschen. Er plädierte für eine entschiedene Bekämpfung des Antisemitismus und setzte sich für eine umfassende Entschädigung der verfolgten Juden in einem von der

Oswald Weyrich

Dudweiler, 42 Jahre, Landesvorsitzender der Kommunistischen Partei, Landesverband Saar,
erblickt seine vornehmste Aufgabe in der Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes mit dem ein Friedensvertrag abgeschlossen werden muß, der das Saargebiet als untrennbaren Bestandteil Deutschlands betrachtet.

Nach der Absetzung von Nickolay und Bäsel wird Oswald Weyrich zum Vorsitzenden ernannt. Quelle: *NEUE ZEIT* vom 10. November 1952

Nazi-Herrschaft befreiten Deutschland ein. Diese Haltung stellte 1942 nicht nur innerhalb der KPD ein Novum dar. Im gesamten deutschen bürgerlichen und sozialdemokratischen Exil gab es zu dieser Zeit keine vergleichbare politische Position. Er trat auch für einen jüdischen Staat in Palästina ein. Damit formulierte er für die deutschen Antifaschisten und Kommunisten die politische Konsequenz aus der Shoah. Deutlich betonte Merker die Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung für Krieg und Völkermord.

In der in der *NEUE ZEIT* gedruckten Resolution wurde Merker wegen seiner Forderung nach Entschädigungszahlungen an die jüdischen Opfer als Drahtzieher der zionistischen Verschwörung in der DDR »entlarvt«. Er habe sich als »Subjekt der amerikanischen Finanzoligarchie« zu erkennen gegeben, um mit seinen Entschädigungsforderungen ihr das Eindringen in Deutschland zu ermöglichen. Auch die Kampagne der KPD, die zur gleichen Zeit 1952/53 gegen die Luxemburger Verträge zwischen Israel und der BR Deutschland über Wiedergutmachung lief, wurde als Widerstand gegen die »Ausplünderung Deutschlands« begründet. Jede deutsche Zahlung an Israel und jede individuelle Entschädigung an dort lebende jüdische Verfolgte wurden von der KPD abgelehnt. Der Tod Stalins am 5. März 1953 und der Aufstand in der DDR vom 17. Juni retteten das Leben von Paul Merker. Der von SED geplante Schauprozess gegen ihn fand nicht statt. Dennoch wurde er in einem Geheimprozess zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1956 nach dem 20. Parteitag der sowjetischen Kommunisten, der die »Entstalinisierung« einleitete, begnadigt. Nach seiner Freilassung verlangte er in einem Brief [1] an die Parteiführung der SED seine Rehabilitierung, die aber erst 1989 unmittelbar vor dem Ende der DDR erfolgte.

Die KP Saar findet neue Bündnispartner

Diese Politik der KPD und SED führte auch dazu, dass die saarländischen Kommunisten verstärkt das Bündnis mit ehemaligen Saar-Nazis und Führungsfiguren der »Deutschen Front« suchten. Diese fanden sie in der vom ehemaligen Gauredner der NSDAP Heinrich Schneider und von dem von Hitler 1935 zum Ehrenstadtrat von Saarbrücken ernannten Richard Becker geleiteten DPS (Demokratische Partei Saar).
Becker und Schneider organisierten 1950/51 Masseneintritte ehemaliger Nazis in die wirtschaftsliberale Partei und konnten dadurch die DPS übernehmen. Die meisten Funktionäre dieser neuen DPS waren von 1935 bis 1945 mitverantwortlich für die Errichtung der Nazi-Diktatur an der Saar und die Entrechtung und Deportation der jüdischen Bevölkerung. Das Verbot der DPS als neonazistische Organisation am 15. Mai 1951 durch die Regierung Hoffmann wurde in der *NEUE ZEIT* scharf verurteilt.

»Ebenso wenden wir uns gegen die historisch falsche Darlegung der Entwicklung in den Jahren 1933 bis 1935«, protestierte KP Saar Vorsitzender Weyrich gegen die Verbotsbegründung. »Wenn sich die Saarbevölkerung damals für die Rückgliederung an Deutschland aussprach, dann entsprach diese Haltung dem nationalen Bewusstsein unserer Bevölkerung.« Mit dieser Aussage leugnete Weyrich die antifaschistischen Traditionen der Partei und opferte das Andenken an die von den schneiders und beckers verfolgten und ermordeten Genossinnen und Genossen. Die Kollaboration der KP Saar mit den ehemaligen Nazis führte zu ihrem gemeinsamen Sieg über die verhasste Saarländische Republik in der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955.

1 Siehe Herf, Jeffrey: »Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven«, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 42, Heft 4/1994, 635–667. https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_4.pdf

Foto rechts: Die provisorische Tafel, die vor Ort im Januar 2022 auf der Kundgebung von bunt.saar aufgestellt wurde, ist bis heute nicht durch eine offizielle Gedenktafel ersetzt worden. Foto: Manni Weiss

Nach dem Sieg der Deutschen Front am 13. Januar 1935 und dem Beginn des Nazi-Terrors müssen Tausende Menschen aus dem Saargebiet nach Frankreich fliehen.

NIE ZU HITLER!

forderten eine Woche zuvor, am 6. Januar, 25.000 Menschen am Kieselhumes und demonstrieren gegen den Anschluss des Saarlandes an das nationalsozialistische Deutschland.
Max und Angela Braun (SPD), Fritz Pfordt (KPD), Johannes Hoffmann (katholischer Volksbund), Johanna Kirchner (AWO) führen den Widerstand an.

Dass sie mutig für Demokratie und Menschenrechte eintraten, ist bis heute unvergessen.

Saarbrücken, Januar 2022